

Außenpolitische Bedingungen der Wiedervereinigung

Die Supermächte und die deutsche Einheit

Dennis L. Bark

Die Supermächte! Ein Ausdruck, der das Wort „super“ missbraucht und die Bedeutung des Wortes „Macht“ überbewertet. Aber es ist der von den Medien während des Kalten Krieges geprägte Ausdruck. Unter diesem Blickwinkel erhielt die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Einheit, soweit sie im historischen Spiegel der achtziger Jahre abgebildet werden, tatsächlich ihre charakteristische Form und Substanz durch zwei herausragende Männer in Moskau und Washington, D. C. Das *Time Magazine* kürte einen der beiden, Michail Gorbatschow, zum „Mann des Jahrzehnts“. Der andere, Ronald Reagan, verließ sein Amt im Januar 1989 und erhielt keine vergleichbare Anerkennung. Dennoch waren es die Visionen und die Taten beider, Gorbatschows und Reagans, die gemeinsam mit zwei hervorragenden Außenministern die Geschicke eines der entscheidendsten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts prägten.

Zunächst soll der Frage nachgegangen werden, ob die deutsche Vereinigung zufällig oder geplant zu Stande kam, um danach die grundsätzlichen Bedingungen der radikalen Veränderungen im Europa der achtziger Jahre genauer zu erläutern.

Geschah die deutsche Einheit zufällig, war sie vorhersehbar, oder wurde sie gar be-

wusst herbeigeführt? Diese Frage wird von den Historikern noch in hundert Jahren leidenschaftlich diskutiert werden.

Die Vereinigung war kein Zufall. Sie war vorhersehbar. Und, obwohl sie nicht geplant war, so resultierte sie dennoch aus einem Prozess, der zur Einheit führte, und zwar bereits am 9. November 1989.

Wann begann diese Entwicklung? Angeichts der Nachkriegspolitik der Supermächte könnte man behaupten, dass der Anfang in der Teilung Deutschlands im Jahr 1949 liegt. Die westliche Politik der Stärke der Fünfziger trieb diesen Prozess weiter voran. Ebenso wie Adenauers Politik der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Westintegration, von seinen Nachfolgern in den sechziger Jahren fortgesetzt, zu einem zentralen Punkt dieses Prozesses wurde. Und auch die Entspannungspolitik und der Wandel durch Annäherung, wie sie in den frühen siebziger Jahren unter Willy Brandt zu einem ersten Höhepunkt kamen, leisteten einen Beitrag. Es war eine Politik, die von den Regierungen in Frankreich, Großbritannien, den USA und der Sowjetunion gemeinsam, wenn auch auf unterschiedlichen Wegen, herbeigeführt wurde, als sie in Berlin ein Viermächteabkommen verhandelten. Ihre Fortsetzung fand sie auf

einer größeren europäischen Bühne, in Form der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki in den siebziger Jahren und der Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierung in Mitteleuropa (MBFR) in Wien.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Qualität der politischen Führung im Westen zwischen den fünfziger und siebziger Jahren.

Verteidigung der Freiheit

Unabhängig von ihrer liberalen oder konservativen, demokratischen oder republikanischen Einstellung teilten alle Staatsmänner von Truman bis Kennedy, Nixon bis Carter in den USA, von Jean Monnet und Robert Schuman bis Charles de Gaulle und Giscard d'Estaing in Frankreich, von Churchill und Eden bis Wilson und Heath in Großbritannien und von Adenauer und Erhard bis Brandt und Schmidt in Westdeutschland eine Überzeugung: Die Freiheit in Europa musste verteidigt werden. Diese Verteidigung begann in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland. Der Westen äußerte dieses Bekenntnis von Anfang an unmissverständlich und verlieh ihm durch die Politik der nachfolgenden europäischen und amerikanischen Staatsmänner Kontinuität.

Einen wichtigen Beitrag leistete auch die unsichtbare Hand des freien Marktes in einer freien und offenen Gesellschaft, wo wirtschaftliche Erfolge erarbeitet und nicht von diktatorischen Regierungen zugeteilt werden. Die westeuropäischen und nordamerikanischen Handelsmärkte standen, schon durch die von ihnen ausgehende Investitionskraft, die Anreize und die Erfindungen, in einem krassen und erschreckenden Kontrast zu den gespenstischen Märkten in Mit-

teleuropa und der Sowjetunion. Daher kann es nicht überraschen, dass die innovativen westlichen Ideenmärkte, von politischer Debatte und ökonomischem Wettbewerb geprägt, zu Magneten wurden, die tausende anzogen, bis ihnen der Weg von Gewehren, Minenfeldern und schließlich der Mauer verstellt wurde. Die Reaktion war vorhersehbar. Sobald die Grenzen existierten, wurde der Wunsch nach Freiheit immer größer und erhielt eine unaufhaltsame Eigen-dynamik.

Alle oben beschriebenen Phänomene trugen zum Voranschreiten des historischen Prozesses bei. Im Zentrum der Entwicklung stand immer, was der amerikanische Diplomat Robert Murphy, Berater des Militärgouverneurs in Deutschland, Lucius Clay, im März 1949 als „unsere grundlegende Zielsetzung“ bezeichnete:

„[...] die Schaffung eines Deutschland, in dem die friedliche Entwicklung durch enge Zusammenarbeit in der Gemeinschaft der freien Völker möglich wird. Dieses Ziel gilt für ganz Deutschland, dessen genaue territoriale Grenzen noch nicht festgelegt sind. [...] Wir haben konsequent an diesem Ziel festgehalten und sollen dies auch in der Zukunft tun. [...] Nach drei Jahren der Bemühungen und Konzessionen an die UdSSR konnte kein Abkommen zwischen den vier Mächten erreicht werden. Wir waren daraufhin gezwungen, aus einem Abkommen zwischen den drei westlichen Mächten für Deutschland das Beste zu machen. Wir haben die Tür nie zugeschlagen, wir wurden aus Ostdeutschland herausgedrängt und von den Sowjets attackiert und diffamiert. Es war offensichtlich ihr Ziel, uns nicht nur aus Berlin, sondern auch aus Westdeutschland zu vertreiben. Aber das Schicksal Deutschlands wird das Schicksal Europas sein.“

Die Supermächte und die deutsche Einheit

Diese grundlegende Zielsetzung entwickelte sich zum Herzstück der geradlinigen und konsistenten Politik der folgenden vierzig Jahre. Für viele von uns bestanden die Auseinandersetzungen von den fünfziger bis in die achtziger Jahre, auch in ihren ökonomischen und politischen Dimensionen, in einem Kampf nicht nur des Geistes, sondern auch des Herzens. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung war kein Zufall. Dennoch gewannen am Ende das Ideal der Freiheit, die ökonomische Kraft und auch der Wille, beides mit Waffen zu verteidigen. Dagegen hatte eine diktatorische Ideologie keine Chance.

In Deutschland stand 1989 die Chance der Entscheidung, wie ich es nennen würde, am Ende dieser Entwicklung, der Entscheidung für Selbstbestimmung, Einheit und eine Partnerschaft mit den Freunden und Nachbarn in einer friedlichen Allianz. Und Deutschland wählte die Einheit. Im Osten dagegen zerbrachen die Staaten des Zufalls, der Korruption und der Diktatoren unter ihrem eigenen Gewicht.

Doch welche prinzipiellen Bedingungen der „Supermächte“ beeinflussten die *winds of change* in der europäischen Politik in den achtziger Jahren?

Bedingungen der achtziger Jahre

Im Jahr 1980 ahnten wir nicht, welche konkrete Form im folgenden Jahrzehnt die Idee der Freiheit annehmen würde. Auch wussten wir noch nicht, dass es an Gorbatschow und Reagan sein würde, die unaufhaltsame Vorwärtsbewegung dieser Entwicklung zu steuern. Dennoch waren wir – zumindest einige von uns – zuversichtlich, dass die Freiheit der Demokratie und des ökonomischen Wettbewerbs siegen würde, auch wenn niemand wusste, wann. Der Anfang

des Jahrzehnts war noch von der Politik des Kalten Krieges geprägt. An seinem Ende war eine lange vorhergesehene Entwicklung – wenn auch auf unbeabsichtigte Art und Weise – zu Ende geführt worden.

Erinnern wir uns noch einmal an den Anfang dieses Jahrzehnts: In Moskau begann es mit einer wachsenden Armada sowjetischer Raketen – SS 19 und SS 20 – und mit der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Washington reagierte mit wirtschaftlichen Sanktionen und dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau, innenpolitisch war es beherrscht von einem emotionsgeladenen Wahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen. Jenseits dieses Wahlkampfes gab es vertrauliche, parteiübergreifende, mittlerweile beinahe vergessene Versuche, der sowjetischen Drohung zu begegnen. Diese Bemühungen wurden in einem „Ausschuss zur Beschäftigung mit der aktuellen Bedrohung“ gebündelt, zu dem unter anderen Paul Nitze, Richard Allen, Eugene Rostow, Andrew Goodpaster, Max Kampelman, William Casey, David Packard, George Shultz und Ronald Reagan gehörten. Bereits im November 1982 hatten fünfzig Mitglieder dieses Ausschusses eine aktive Rolle in der Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik im neuen Jahrzehnt erhalten.

Die öffentliche Debatte, vor allem die deutsche, war beherrscht von der erbittert geführten Rüstungsdebatte. Bekannte Pazifisten und Politiker traten für Verhandlungen mit der Sowjetunion und für eine Distanzierung vom amerikanischen Militarismus ein. Für jeden, der dies erkennen wollte, war allerdings längst ersichtlich, dass die sowjetische Aufrüstung das Ende der Entspannungspolitik provozierte. Aber einer musste ja verantwortlich gemacht werden. In diesem Sinne bezeichnete der Schriftsteller Peter Bender Mitte der achtziger Jahre die bei-

den Supermächte als „neurotisch“ in „ihrer Fixierung auf Aufrüstung und Wettbewerb“. Der sowjetische Generalsekretär Breschnew seinerseits umwarb die deutsche Linke und nannte – ohne ersichtlichen Anlass – die Bundesrepublik „einen Dolmetscher zwischen den Supermächten“. Wie ironisch muss dies den östlichen Nachbarn Deutschlands erschienen sein, als drei Wochen später das kommunistische Regime in Polen das Kriegsrecht ausrief, um die Solidarność-Bewegung zu unterdrücken. Niemand protestierte! Die über Jahrzehnte eingeübten Verhaltensmuster des Kalten Krieges kamen ein weiteres Mal zum Vorschein! In der Zwischenzeit waren keine unmittelbaren Auswirkungen der Wahl Ronald Reagans im November 1980 feststellbar. Erst als Reagan im Juni 1982 im Deutschen Bundestag eine denkwürdige Rede hielt, kam es zu einem – wie die Presse es nennen würde – „Schlüsselmoment“ für das Verhältnis zwischen der Sowjetunion, den USA und Deutschland. Für seine Rede über Abschreckung und Rüstungskontrolle erhielt er von allen Fraktionen – links und rechts des Gangs – ungeteilten Beifall, was bisher kein deutscher Bundeskanzler erreicht hatte. Helmut Schmidt verglich sie sogar mit der berühmten „Ich-bin-ein-Berliner!“-Rede Kennedys neunzehn Jahre zuvor, da sie ebenso wie letztere ein Bekenntnis zum deutsch-amerikanischen Bündnis gewesen sei.

Im Jahr 1983 erleben wir den neuen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, der sich zu einem der großen Staatsmänner Nachkriegsdeutschlands entwickeln wird. Immer noch dreht die öffentliche Debatte sich um die Schuld und Verantwortung der beiden Supermächte. Ein bekannter SPD-Politiker namens Oskar Lafontaine veröffentlicht ein kleines Buch mit

dem Titel *Angst vor den Freunden*, welches einen kaum verhüllten Angriff auf die Vereinigten Staaten enthält. Ebenfalls im Jahr 1983 beschließt der Bundestag mit 286 gegen 226 Stimmen die Aufstellung von Cruise Missiles. Dies provoziert die größte Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik: Mehr als 300 000 Menschen gingen auf die Straße. Die sowjetischen Unterhändler verließen Genf. Und die ersten Raketen wurden auf deutschem Boden aufgestellt.

Andererseits folgte eine erstaunliche Ankündigung Ronald Reagans im März 1983, in der er ein Programm mit dem Namen „Initiative zur strategischen Verteidigung“ (SDI) vorstellte. Senator Edward Kennedy übersetzte dieses unverantwortlicherweise mit „Krieg der Sterne“. Nichtsdestotrotz war es dieses Programm, das den traditionellen Verlauf des Kalten Krieges tatsächlich beendete. Es stand am Anfang einer Entwicklung, die das Verhältnis zwischen den Supermächten neu definierte.

Sowohl in den USA als auch in Europa war SDI sofort heftig umstritten. In den Schatten gestellt wurde diese Diskussion erst zwei Jahre später vom Aufstieg Michail Gorbatschows, dem mit 54 Jahren jüngsten Generalsekretär der KPdSU seit Stalin. Die Welt sah Gorbatschows Berufung als Vorzeichen einer neuen Ära der Öffnung und des Umbaus. Die Begriffe *Glasnost* und *Perestroika* waren in aller Munde.

Schnell stellte sich heraus, dass hinter Gorbatschows Plänen mehr steckte als nur ein äußerer Eindruck. Ende 1985 willigte er ein, die 1983 abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Schon 1986 kam es zu einem Treffen mit Reagan in Reykjavik auf Island. Auch wenn das offizielle Thema des Gipfeltreffens die Waffensysteme waren, so lag sein Haupterfolg vor allem darin,

die sowjetische Wirtschaft und SDI in ein realistisches Verhältnis zu setzen. Es war „die erstaunlichste der Gipfelkonferenzen“, wie George Shultz später am Hoover-Institut erklärte, „nicht nur weil es keine undichten Stellen zur Presse gab, sondern vor allem weil es die Grundlagen für die dramatischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa in den späten achtziger Jahren und bis in die neunziger Jahre hinein legte“.

Gorbatschow und sein Außenminister, Eduard Schewardnadse, waren die ersten sowjetischen Staatsmänner, die zur Nachkriegsgeneration in der UdSSR gehörten. Sie waren in diesem System groß geworden und wussten, dass es nicht funktionierte. Zudem erkannten sie, dass die Sowjetunion ernste wirtschaftliche Probleme hatte. Gorbatschow stellte fest: „Seit 1982 stagniert das Pro-Kopf-Einkommen. [...] Wenn wir die tatsächlichen Lebensstandards verglichen, befinden wir uns am Ende der Liste der Mitgliedstaaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.“

Das Land war beherrscht von Miss- und Mangelswirtschaft, Korruption, Inflation und Parasitismus. Auf den Handels- und Finanzmärkten der Welt spielten sowjetische Geschäftsleute keine bedeutende Rolle. Darauf hinaus ruinierten die Rüstungsausgaben langsam, aber sicher die letzten noch funktionierenden wirtschaftlichen Strukturen. Nichts konnte diesen Umstand deutlicher machen als eine Deklaration des 27. Parteitages im März 1986, die erklärte, dass es „ohne eine Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unmöglich sein wird, an der bisherigen internationalen Bedeutung der Sowjetunion festzuhalten“.

Auch Reagan und Shultz erkannten diese Probleme. Ein Mitarbeiter Reagans formulierte dies so: Der Präsident setzte weiterhin

auf sein „starkes Blatt“. Die amerikanischen Politiker wussten, dass „die Russen eine Menge Geld investieren mussten, um im Rüstungswettbewerb standhalten zu können, zumal Ronald Reagan die USA mit allen ihren finanziellen und technischen Kapazitäten in den Dienst der Entwicklung von SDI gestellt hatte – einem Verteidigungssystem, das die gesamte sowjetische Raketenkraft nutzlos machen würde“. Als Gorbatschow in Reykjavik Reagan also aufforderte, SDI aufzugeben, antwortete dieser nur: „Das Treffen ist vorbei. Lasst uns gehen, wir reisen ab.“

Wende im Rüstungswettlauf

Reagans Entscheidung, mit dem Aufbau von SDI fortzufahren, war eine entscheidende Wende, denn beide, Reagan und Gorbatschow, wussten, dass die Sowjetunion in diesem Konkurrenzkampf keine Chance hatte. Reagans politische Position reflektierte sein strategisches Ziel: „Die Sowjets wurden gezwungen, sich zu entscheiden: entweder ihre Politik der permanenten Konfrontation mit dem Westen zu beenden oder zunehmenden zerstörerischen Druck an der Heimatfront aushalten zu müssen.“

Gorbatschow und Schewardnadse schätzten die Situation genauso ein wie Reagan und Shultz. Alexander Jakowlew, einer der Berater Gorbatschows, sah Reykjavik als „eine Wende im Rüstungswettbewerb“. Wenn SDI nicht gestoppt würde, „müssten wir unser eigenes Programm starten, was unvorstellbar teuer und unnötig sein und zur weiteren Erschöpfung des Landes führen würde“.

Nach dem Gipfeltreffen wurde die zentrale Frage, ob das amerikanische Festhalten an SDI Gorbatschow und die Sowjetunion

dazu zwingen würde, den Kampf aufzugeben, überraschend wenig diskutiert. Trotz ihrer zentralen Bedeutung tauchte sie kaum in der Öffentlichkeit auf. Im Gegenteil waren die Europäer, besonders die Deutschen, von Reagans Ankündigung beunruhigt, gemeinsam mit Gorbatschow alle Nuklearwaffen bis zum Jahr 2000 abzuschaffen und mit der Sowjetunion neue Abrüstungsgespräche aufzunehmen mit dem Ziel, nukleare Lang- und Mittelstreckenraketen abzurüsten. Der Journalist Josef Joffe kommentierte Mitte 1987 in einem persönlichen Schreiben: „Die ‚doppelte Null-Lösung‘ mit dem Vorschlag, zwei Standbeine der nuklearen Triade in Europa (Lang- und Mittelstreckenwaffen) abzuschaffen, musste alle uralten Alpträume Westdeutschlands wahr werden lassen. [...] Eine Einigung würde rund 4600 Sprengköpfe in Europa belassen, der größte Teil in Westdeutschland stationiert. Außer den in der Luft detonierenden Systemen sind alle in Deutschland stationierten Sprengköpfe darauf programmiert, auf deutschem Boden zu explodieren. Unabhängig von allem anderen würde ein derartiger Beschluss zu einer bedeutenden Veränderung des atlantischen Sicherheitssystems führen, welches die Grundlage der deutsch-amerikanischen Beziehungen darstellt.“

Also diskutierte die deutsche Öffentlichkeit vor allem die emotionale Bedeutung dieser Pläne nach dem Motto „Je kürzer die Strecke, desto toter die Deutschen“ und weniger das Verhältnis zwischen Reagans SDI-Plänen und dem sowjetischen Verhalten. Dessen Bedeutung wurde nachhaltig missverstanden oder ignoriert oder beides, während drei andere Ereignisse größere öffentliche Bedeutung erlangten. Das erste war der nukleare Unfall in Tschernobyl, das zweite die sowjetische Entscheidung, sich

aus Afghanistan zurückzuziehen, und das dritte der Abschluss des Abkommens über Nuklearwaffen mittlerer Reichweite (INF) im Dezember 1987.

„Die Fax-Revolution“

In einem James-Bond-Film mit dem Titel „Der Morgen stirbt nie“ erklärt der Titelheld, dass „Wörter die neuen Waffen, Satelliten die neue Artillerie“ seien. Beide Beobachtungen treffen auf die achtziger Jahre zu, auch wenn der Ausdruck „Fax-Revolution“ erst gegen Ende des Jahrzehnts in Gebrauch kam und schnell durch den Begriff „Informationszeitalter“ ersetzt wurde. Auf jeden Fall fand in der Kommunikations- und Informationstechnologie eine Revolution statt.

Sie hatte zwei wesentliche Aspekte: Zum einen enthüllten Satellitenfotos Geheimnisse, konnten Faxgeräte nicht mehr kontrolliert werden und ermöglichten kreisende Satelliten die Live-Übertragung von Fernsehnachrichten in die ganze Welt. Zweitens wurde das Informationsmonopol, lange von den Regierungen der Diktaturen gehalten, von der aufstrebenden Kommunikationsrevolution gebrochen. Sie führte zu einer Erosion der Informationskontrolle durch die Regierungen und beeinflusste unmittelbar das Ergebnis des Kalten Krieges. In Mitteleuropa und in der Sowjetunion hatten die Diktaturen geschlossene Gesellschaften geschaffen, für die der freie Zugang zu Informationen eine Bedrohung darstellte. Die kommunistischen Regierungen behinderten mit Störsendern Radioübertragungen aus dem Westen, censierten Fernsehprogramme und kontrollierten Zeitungen, Zeitschriften und Bücher. Fotokopiergeräte wurden unter Verschluss gehalten. Die Netzwerke der Regierungsinformanten

sorgten dafür, dass Empfangsgeräte für Satellitenprogramme der Polizei bekannt wurden. Schnurlose Telefone waren illegal. Detaillierte und genaue Informationen waren also schwer zu bekommen und umso schwerer zu verteilen.

Als Gorbatschow 1985 die Führung der sowjetischen Regierung übernahm, kamen die ersten Faxgeräte auf den amerikanischen Markt, während es in den kommunistischen Ländern überhaupt keine in privatem Besitz gab. Mitte der achtziger Jahre hatte fast jeder amerikanische Haushalt ein Telefon. In der Sowjetunion mit etwa der gleichen Bevölkerungszahl von 170 Millionen Menschen hatten nahezu zwölf Millionen Familien ein Telefon. 1984 wurden in den USA fünf Millionen Computer für den privaten Gebrauch zum Verkauf angeboten. In der Sowjetunion waren 1986 nur 2000 erhältlich, und ihr Verkauf wurde kontrolliert. Wie sollte die sowjetische Regierung in einer modernen Welt konkurrieren, von der sie sich selbst zunehmend isolierte? Die Antwort lautet natürlich, dass dies unmöglich war, und die logischen Konsequenzen waren auch der politischen Führung bewusst.

Die technologische Entwicklung überholte Schritt für Schritt die politische Kontrolle der Diktaturen. Das dramatischste Beispiel ist eine Hochleistungssatellitenkamera: Am 26. April 1986 schmolz der Kern eines der vier Reaktoren in Tschernobyl, und radioaktiver Dampf konnte entweichen. Die sowjetische Regierung hielt den Vorfall geheim, aber schwedische Messgeräte für radioaktive Strahlung entdeckten einen unerklärbaren Anstieg an Radioaktivität. Auf eine schwedische Anfrage hin bestätigte die sowjetische Regierung den Unfall am 28. April, gab aber keine weiteren Details.

Während Gorbatschow bis zum 14. Mai wartete, bevor er die sowjetische Bevölkerung im Fernsehen nur spärlich informierte, hatte der Rest der Welt schon zwei Wochen zuvor, am 29. April, über die tatsächlichen Ausmaße des Unfalls Informationen erhalten. Gorbatschow erkannte die Signifikanz des Vorfalls und seine Bedeutung für die Weltöffentlichkeit. Einerseits: Die offene und freie Welt hatte die Wahrheit enthüllt, während die geschlossene kommunistische Welt sie nicht geheim halten konnte. Zum anderen gab es eine ebenso klare Botschaft in Bezug auf die Gefahr nuklearer Waffen. Die Frage war rhetorisch: Welche Katastrophe wäre geschehen, wenn statt des Reaktorunfalls eine Cruise Missile versehentlich und ohne die Möglichkeit, sie in der Luft zu stoppen, Richtung Chicago gestartet worden wäre?

Ein Jahr nach Tschernobyl fand eine bemerkenswerte private Unterhaltung zwischen Shultz und Schewardnadse statt. Der sowjetische Außenminister bestätigte im September 1987, dass die sowjetischen Truppen sich aus Afghanistan zurückziehen würden. Damit war die neue Politik der UdSSR offensichtlich. Der Rückzug, so konstatierte Shultz, „bedeutete eine klare Abweichung von der Breschnew-Doktrin“. Gleichzeitig fragte er sich, wie die Konsequenzen für Europa aussahen.

Etwa vier Monate später, im Dezember, wurde das INF-Abkommen in Washington, D. C. unterzeichnet, das erste seiner Art zwischen den Supermächten. Damit war viel erreicht worden: Es machte die Friedensbewegung unglaublich und stellte eine außerordentliche geistige Übereinkunft zwischen zwei führenden Staatsmännern dar. Es war auch in Washington, als Gorbatschow Reagan bat, ihn nicht mehr als Gene-

ralsekretär, sondern als Präsident anzusprechen.

In der Sowjetunion machten sich bereits im Sommer 1987 die Folgen der politischen Öffnung und des Umbaus eines ruinierten wirtschaftlichen Systems bemerkbar. Die Konzepte *Glasnost* und *Perestroika* hatte Gorbatschow in einem Buch mit dem Titel *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt* dargelegt. Schon im November 1987 ließ die sowjetische Regierung es „in alle bedeutenden Sprachen übersetzen“.

Der Direktor des sowjetischen Raumfahrtforschungszentrums, Roald Sagdejew, teilte der sowjetischen Akademie der Wissenschaften – und dies gewiss nicht zufällig – im Herbst 1987 mit, „dass es keinen weiteren Fortschritt geben wird, solange man nicht aufhört, ‚Kopiergeräte wie Klassenfeinde zu behandeln‘“. Auch Shultz dachte über die Folgen der Kommunikationsrevolution nach und erklärte in einer bemerkenswerten Rede vor dem World Affairs Council in Washington, D. C. im Dezember 1987:

„Herr Gorbatschow und seine Kollegen haben erkannt, dass eine Gesellschaft eine Sackgasse für moderne Entwicklung ist. Das Konzept *Glasnost* enthält die Erkenntnis, dass der freie Fluss der Ideen und Information, der der Treibstoff jedes zukünftigen Wachstums ist, größere intellektuelle und politische Freiheit benötigt.“

Die veränderten Technologien zerbrachen eine der beiden Säulen der Diktatur, die Kontrolle, den Zugang und den Austausch von Information. Während die andere Säule – die überzeugende Kraft massiver militärischer Macht – intakt blieb, wankte die erste. Aber konnte militärische Gewalt weiterhin ein effizientes Mittel der Unterdrückung in Ostdeutschland sein, wenn ihr Gebrauch im

Fernsehen live verfolgt werden konnte von Familien, die in Bonn, Berlin oder Leipzig am Küchentisch saßen?

Logische Schlussfolgerungen

Wenn es noch Ende 1986 Zweifel daran gegeben hatte, so war doch Mitte 1987 völlig klar geworden, dass Gorbatschow und seine Berater das so genannte „Europäische Haus“ mit völlig anderen Augen sahen als ihre Vorgänger. Das Tagebuch Anatoli Tschernajews, eines der engsten Berater Gorbatschows, gibt diese Perspektive wieder. So schreibt er, dass Gorbatschow erst nach Reykjavík erkannt habe, „dass Westeuropa unser Hauptpartner ist“. Nach seinem Treffen mit Margaret Thatcher im April 1987 fragte Gorbatschow sich, ob die sowjetische Regierung sich tatsächlich genug mit Europa beschäftige und den Kontinent richtig verstehe. In diesem Sinn zitiert Tschernajew Gorbatschow mit den Worten, „dass völlig klar sei, dass ohne Europa keines der Probleme gelöst werden könne“. Daraus zieht Tschernajew folgenden Schluss:

„Ich bin sicher, dass sein persönliches Wissen über Europa und sein Verständnis für dessen bedeutende Rolle für den Erfolg von ‚Perestroika‘ und der auswärtigen Politik des ‚Neuen Denkens‘ ebenso wie sein Vertrauen in viele einflussreiche europäische Politiker Gorbatschow später halfen, der deutschen Wiedervereinigung zuzustimmen. [...] in seinem Herzen war er (Gorbatschow) sogar zu dieser Zeit davon überzeugt, dass ohne die Lösung der ‚deutschen Frage‘ und ohne die Wiederherstellung historisch gewachsener normaler Beziehungen zwischen den beiden großen Völkern eine Verbesserung in Europa oder im Rest der Welt unmöglich sei.“

Timothy Garton Ash stellte 1993 zu Recht fest, dass „rückblickende Aussagen“ über die Gedanken und Pläne sowjetischer Staatsmänner kein großes Gewicht haben können. „Ohne umfangreiche dokumentarische Belege und Quellen sind diese sehr weitsichtigen und teilweise betörenden Aussagen oftmals nicht mehr als Erklärungsversuche von Politikern, die erst aus der Rückschau verfasst wurden.“ Seit 1993 ist die Forschung allerdings einen bedeutenden Schritt vorangekommen, vor allem durch Hannes Adomeits 1994 erschienene hervorragende Arbeit über *Gorbachev, German Unification, and the Collapse of Empire*. Ebenso kann die Studie über Staatskunst von Philip Zelikow und Condoleezza Rice mit dem Titel *Germany Unified and Europe Transformed*, die 1995 erschien, erwähnt werden.

Dennoch gibt es noch viel zu tun. So arbeiten das Hoover-Institut und die Gorbatshow-Stiftung derzeit an einem „oral-history“-Projekt mit dem Titel „Das Ende des Kalten Krieges“. Obwohl der Zugang zu den Akten immer noch beschränkt ist, konnte der Leiter des Projekts bereits berichten, dass das sowjetische Außenministerium schon im Februar 1986 Pläne für den Rückzug aus Afghanistan ausarbeitete. Schon 1987 wurde Schewardnadse ein Memorandum über den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Osteuropa vorgelegt, und im gleichen Jahr arbeitete der KGB einen Vorschlag für eine Wiedervereinigung in Deutschland aus. Gorbatschow selbst brachte die Frage nach der Lösung des „deutschen Problems“ schon im Mai 1987 in einer politischen Konferenz der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes ins Gespräch.

Nun ist das Problem von „oral-history“-Untersuchungen bekannt; sie neigen dazu, die

formulierten Fragestellungen zu bedienen, indem sie versprechen, die Wahrheit hinter den Fakten zu enthüllen. Dennoch kann man fairerweise zugeben, dass einige der Ergebnisse für sich selbst sprechen. Als Gorbatschow 1985 sein Amt antrat, war die Sowjetunion kurz vor dem Bankrott. Die Militärausgaben waren unüberschaubar, und in der Wirtschaft herrschte Chaos. Der Countdown einer ökonomischen Katastrophe lief bereits. Reykjavík, Tschernobyl, Afghanistan und das INF-Abkommen unterstützten den notwendigen Handlungsbedarf. Daher war es keine große Überraschung, wie Gorbatschow im Dezember 1988, während eines Mittagessens mit Reagan und seinem Nachfolger Bush, den einseitigen Abzug von 500 000 Soldaten und ausgewählten Panzerdivisionen aus Osteuropa begründete. Ersagte einfach: „Ich tue dies nicht aus Imagegründen. [...] Ich tue dies, weil ich muss. Ich tue dies, weil in meinem Land eine Revolution stattfindet.“ Das Ende der Amtszeit Reagans fiel zusammen mit dem letzten Akt des Kalten Krieges. Das Ende der deutschen Teilung lag in der Luft, und viele von uns konnten es bereits spüren.

Viele von uns wussten auch, dass die „Fax-Revolution“, das „Informationszeitalter“ – wie immer wir es nennen möchten –, in den Diktaturen kein Zuhause finden konnte. Ohne mehr Freiheiten, ohne Reformen würde die kommunistische Welt im Kalten Krieg des wirtschaftlichen Wettbewerbs und der politischen Partnerschaften immer weiter zurückfallen. Eine Wissenschaftlerin erkannte schon 1987, was unvermeidlich schien, und veröffentlichte 1989 ein Buch mit dem Titel *The Coming Soviet Crash, Gorbachev's Desperate Pursuit of Credit in Western Financial Markets*. Was wir nicht wussten, war, wie viel Zeit bis dahin noch übrig blieb und wie die Europäer selbst die

Grenzen zwischen Ost und West einreißen würden.

Glasnost beinhaltete eine Herausforderung an einen Gegensatz; denn es war unmöglich, eine geschlossene Gesellschaft zu öffnen und gleichzeitig ihr Verhalten zu kontrollieren. Der Verlust des Informationsmonopols der Regierungen war die Todesanzeige der Diktatur. Sie wurde auf Computern geschrieben, von Satelliten übertragen, auf Fotokopierern vervielfältigt und von Faxgeräten verteilt. Die Offenheit befreite die Menschen. Dieser einfache und klare Umstand wurde von US-Präsident Bush anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der NATO im Mai 1989 in Westdeutschland in prophetischer Weise vorhergesagt: „*Glasnost* mag ein russisches Wort sein, aber Öffentlichkeit ist ein westliches Konzept [...], also bringt *Glasnost* nach Ostberlin.“

Fünf Monate später, am 6. Oktober, reiste Gorbatschow nach Ostberlin, um den vierzigsten Jahrestag der DDR zu feiern. Tatsächlich folgte er Bushs Ratschlag in seinem berühmt gewordenen Interview. Viele von uns erinnern sich noch an seine Antwort auf die spontane Frage der Reporter, ob er die Situation in Ostdeutschland für gefährlich halte:

„Im Vergleich zu unseren Schwierigkeiten darf ich das garnicht vergleichen. Uns kann man schon mit nichts mehr in Erstaunen versetzen. Wir sind da schon gestählt. [...] Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren. Der, der die vom Leben und von der Gesellschaft ausgehenden Impulse aufgreift und dementsprechend seine Politik gestaltet, dürfte keine Angst vor Schwierigkeiten haben. Das ist eine normale Erscheinung.“

Der logischen Schlussfolgerung aus dieser „normalen Erscheinung“ Gorbatschows

wurde am 9. November 1989 reale und symbolische Bedeutung gegeben, als die Berliner Mauer geöffnet wurde und die ganze Welt dies im Fernsehen in Echtzeit verfolgen konnte. Die Ostberliner zu beobachten, die durch den Checkpoint Charlie strömten, war ein emotionales Bild des Wertes Freiheit und gleichzeitig eine machtvolle Demonstration der Kommunikationsrevolution. Die um Mitternacht feiernden Berliner standen vor Werbeplakaten für Wodka Gorbatschow und riefen: „Gorby! Gorby!“

In den Feiern dieser Novembertage wurden der historische Prozess der achtziger Jahre und dessen Führung durch einen einzigartigen Menschen, der mittlerweile zurückgezogen in Kalifornien lebt, fast vergessen. Ronald Reagan hatte seine Überzeugungen mit großem Mut verfolgt, und die Macht der Freiheit hatte letztendlich gesiegt. Michail Gorbatschow hatte einen kühnen Versuch unternommen, die Sowjetunion zu öffnen und zu reformieren, um sie zu retten. Er hatte versagt. Beide Staatsmänner lebten in weit entfernten Ländern und beherrschten die Sprache des anderen nicht. Aber gemeinsam hatten diese beiden eine Revolution gemacht!

Der Rest, so besagt das alte Klischee, ist Geschichte, aber an dieser Stelle mit einem Epilog: In der Nacht des 9. November ging eine Cabaret-Sängerin aus dem sowjetischen Sektor zur Ecke Kurfürstendamm und Meineckestraße. Sie war auf der Suche nach einem Westberliner Rechtsanwalt, der ihr und ihren Kindern in den achtziger Jahren schon einmal geholfen hatte. Das Haus war dunkel. Sie hinterließ einen Zettel an der Tür, auf dem zu lesen war: „Ihr verpennt die Geschichte.“ Heute sind die Cabaret-Sängerin aus Ostberlin und der Rechtsanwalt aus Westberlin verheiratet.